

Datum 12.08.2005

Deutsche werden Minderheiten in der Multi-Minoritäten-Gesellschaft

Wenn Deutsche nur noch Minderheiten stellen, verliert die Mehrheitsgesellschaft ihre Integrationskraft. Welche Anstrengungen notwendig sind, dürfte die Vorstellungskraft der meisten Politiker übersteigen, sagt der Politikwissenschaftler Stefan Luft

Über Jahre haben sich nur die Experten mit dem Thema Bevölkerungsentwicklung beschäftigt und die von ihnen geäußerten öffentlichen Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Das hat sich in letzten Jahren gründlich geändert:

Niedrige Geburtenziffern und steigende Lebenserwartung wurden durch Schlagworte wie dem „Weg in die Greisenrepublik“ populär gemacht und die unterschiedlichen Geburtenraten der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung wurden obendrein gern als Schreckbild gezeichnet.

Nun führen die veränderte Altersstruktur und die ebenfalls veränderten Anteile von Einheimischen und Zugewanderten tatsächlich zu tief greifenden Veränderungen bei der Deutschland ansässigen Bevölkerung.

- Hatten Frauen des Jahrgangs 1860 noch statistisch betrachtet fünf Kinder geboren, so waren es bei Frauen des Jahrgangs 1965 noch 1,5 Kinder¹⁾
- War noch jede zehnte Frau des Jahrgangs 1940 kinderlos, so gilt dies für den Frauenjahrgang 1965 schon für jede dritte²⁾
- Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit bringen heute im Durchschnitt 1,2 Kinder zur Welt, Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit 1,9³⁾
- Nur 11 Prozent der deutschen Familien haben drei und mehr Kinder. Bei den Ausländern sind es 22,5 Prozent, wobei der Anteil bei den Türken mit 30 Prozent am höchsten und bei Ausländern aus der Europäischen Union mit 16 Prozent am niedrigsten liegt.⁴⁾

Im Jahr 2003 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland.⁵⁾ 1961 waren es gerade 686.000, weniger als ein Zehntel. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Anwerbung von 2,6 Millionen „Gastarbeitern“ zwischen Mitte der fünfziger Jahre und 1973 zurückzuführen.

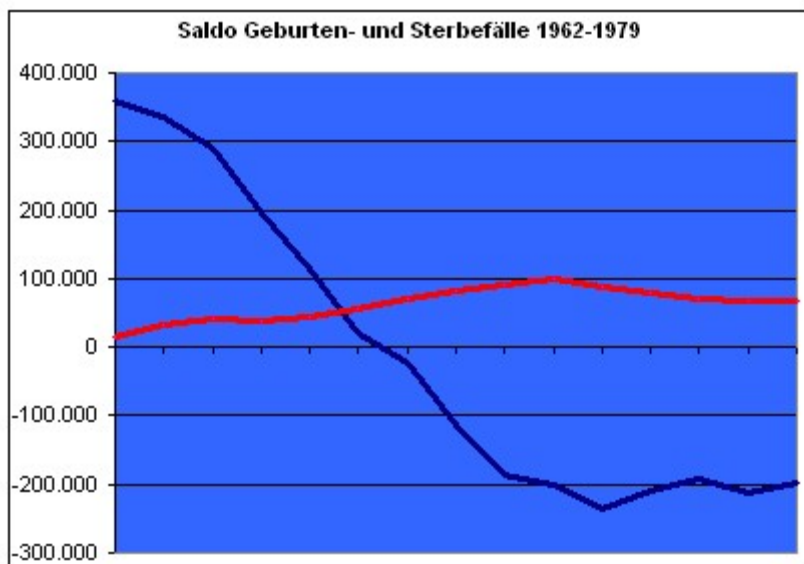
Im Gegensatz zu der ursprünglich geplanten „Rotation“ war jedoch bereits frühzeitig eine Tendenz zur dauerhaften Niederlassung in Deutschland zu erkennen: schon 1968 lebten 58 Prozent aller verheirateten männlichen ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Ehefrauen in der Bundesrepublik, 1972 waren es 62 Prozent der verheirateten Männer und 92 Prozent der Frauen.⁶⁾

Auch die Kettenmigration - das Nachholen von Verwandten und Freunden - wurde insbesondere durch die Unternehmen betrieben. Schon Mitte der sechziger Jahre ist ein Drittel aller Anwerbungen in der Türkei anhand vorgegebener Namenslisten erfolgt ⁷⁾, ein Anteil, der im Laufe der Jahre noch geringfügig stieg und für die gesamte Gruppe der Gastarbeitern galt.⁸⁾

Geburten ausländischer Kinder halbiert

Mit der längeren Aufenthaltsdauer und dem Nachzug von Ehepartnern und Kindern begannen auch die Geburtenrate erheblich zu steigen: von einem Anteil von 1,9 Prozent an allen Lebendgeburten im Jahr 1962, erreichte er einen Höhepunkt mit über 17 Prozent im Jahr 1974⁹⁾ und sank bis 1997 auf 13 Prozent.

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Geburten von ausländischen Kindern aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsrechts auf etwa 50.000 mehr als halbiert, nachdem mehr als die Hälfte aller Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes erhalten.



Quelle: Höhn/Mammey/Schwarz: Die demographische Lage in der Bundesrepublik, 1981

Die Zahl deutscher Staatsbürger ist von 58,3 Millionen im Jahr 1970 auf 57,1 Millionen 1980 gefallen, während die Zahl der Ausländer im gleichen

Zeitraum von 2,7 auf 4,6 Millionen anstieg.¹⁰⁾ Die Altersstruktur spielt dabei eine wichtige Rolle: der Anteil der unter zehnjährigen betrug seinerzeit knapp 17, bei den Deutschen nur 10 Prozent. Zwischen 20 und 40 Jahren waren 46 Prozent der Ausländer, aber nur gut 20 Prozent der Deutschen.¹¹⁾

Der Bevölkerungswissenschaftler Karl Schwarz: „Die Altersstruktur der Ausländer hat zur Folge, dass noch für viele Jahre starke Geburtsjahrgänge in das Fortpflanzungsalter nachwachsen und es noch länger dauert, bis diese Jahrgänge in das Alter erhöhter Sterblichkeit nachrücken. Auch bei einem fälligen Einwanderungsstopp, der noch nicht einmal die Familienzusammenführung zuließe, würde also die Zahl der Ausländer in Deutschland für viele weitere Jahre zunehmen.“¹²⁾

Diese jüngste Entwicklung ist durch das seit dem Jahr 2000 geltende neue Staatsangehörigkeitsrecht nachhaltig beeinflusst worden und zwar

- durch die stark gestiegene Zahl der Einbürgerungen von Ausländern (mit ebenfalls stark angestiegenen Anteil der Hinnahme von Mehrstaatigkeit) sowie
- den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt.

Allein in den letzten zehn Jahren wurden rund 1,2 Millionen Menschen eingebürgert, davon seit dem neuen, von der rot-grünen Koalition durchgesetzten, Staatsangehörigkeitsrecht nahezu in jedem zweiten Fall unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit.¹³⁾

Hinzu kommt der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt, wie es das neue Staatsangehörigkeitsrecht vorsieht: ein Kind ausländischer Eltern erwirbt mit der Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und eine Aufenthaltsberechtigung besitzt oder seit drei Jahren über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt.

Ausländerkinder werden dauerhaft Deutsche

Diese Kinder müssen sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden (Optionspflicht).¹⁴⁾ Das Bundesinnenministerium ging davon aus, dass „jährlich etwa 60 Prozent der in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit auf diesem Weg erwerben.“¹⁵⁾

Diese Kinder werden nicht eingebürgert und tauchen deshalb in der Einbürgerungsstatistik nicht auf, werden andererseits aber wegen ihrer zeitlich begrenzten doppelten Staatsangehörigkeit als deutsche Staatsbürger in der Bevölkerungsstatistik geführt.

Am Beispiel Berlin bedeutet dies: von den 20.360 Kindern unter fünf Jahren in ausländischen Familien (Stichtag 31.12.2004) waren nur weniger als die Hälfte mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit gemeldet. Besonders niedrig liegt dabei der Anteil bei den türkischstämmigen Kindern, bei denen lediglich jedes fünfte als türkischer Staatsbürger registriert wurde.¹⁶⁾

Diese beiden durch die Politik bewusst herbeigeführten Veränderungen in der deutschen Einbürgerungspolitik machen sowohl die Analyse der gegenwärtigen Bevölkerung als auch Prognosen auf die Zukunft an Hand des Kriteriums „Staatsangehörigkeit“ gegenstandslos: Aussagen über die Anteile der ausländischen Bevölkerung haben mit der Lebenswirklichkeit nichts mehr zu tun.

Politische Entwicklungen beeinflussen die Migration

Darüber hinaus lassen sich politische Entscheidungen und Ereignisse, die erheblichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland haben, nicht oder nur schwer voraussagen: die wiedergewonnene deutsche Einheit, der Fall des Eisernen Vorhangs, die Demokratisierung der ost- und mitteleuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion, die Aufnahme zehn neuer Mitglieder in die europäische Union und der immer noch mit Vehemenz betriebene Beitritt der Türkei zur EU, der mit zusätzlicher Mobilität und nur schwer abschätzbaren Wanderungsbewegungen verbunden sein dürfte.

Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung aus den 1990er Jahren erwarten, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung (trotz zurückgehender Geburtenhäufigkeit) vor allem wegen der günstigen Altersstruktur weiter deutlich steigen wird.

Rainer Münz und Ralf Ulrich gehen in ihrer Prognose aus dem Jahr 1997 bei einer jährlichen Netto-Zuwanderung von 190.000 Ausländern von einem Anstieg auf 10,6 Millionen (13,2 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung) im Jahre 2015 und 12,6 Millionen (17 Prozent) im Jahr 2030 aus. Die Zahl der deutschen Staatsangehörigen würde nach dieser Rechnung auf 75 Millionen sinken.¹⁷⁾

Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg hat errechnet, dass der Ausländeranteil in Deutschland von 1989 bis 2050 von neun auf 27,9 Prozent ansteigen wird (ohne Staatsangehörigkeitswechsel). Besonders stark werden sich die Anteile der unter Zwanzigjährigen in diesem Zeitraum verschieben: von 11,4 auf 38,1 Prozent.¹⁸⁾

Der Anteil der unter Zwanzigjährigen Ausländer steigt um das Dreieinhalbfache

All diese Entwicklungen werden sich vor allem in den Städten und Ballungsräumen besonders stark auswirken, die bereits in den sechziger Jahren einen deutlichen Schwerpunkt bei der Ansiedlung der Zuwanderer

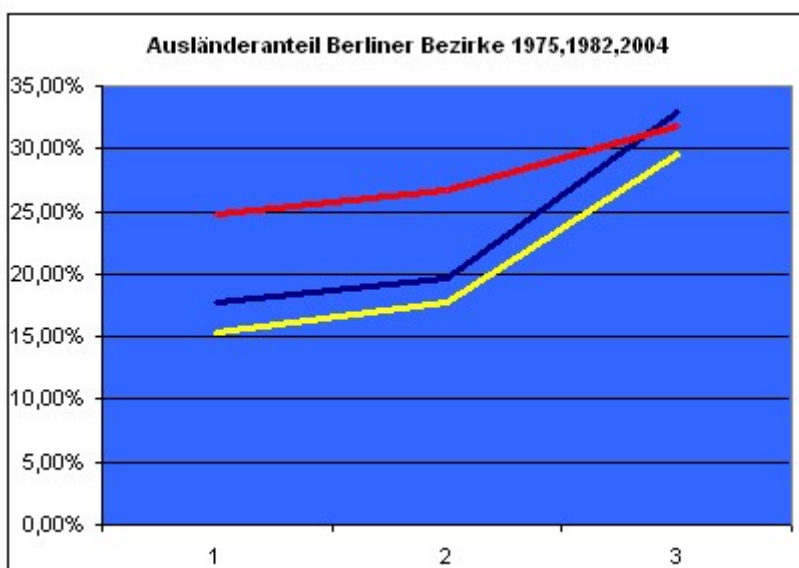
bildeten. So geht beispielsweise die amtliche Bevölkerungsprognose für die kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens für die Jahre 1998 bis 2015 bei der nichtdeutschen Bevölkerung von einem Geburtenüberschuss von 22,3 Prozent und bei der deutschen Bevölkerung von einem Geburtendefizit von 10,4 Prozent aus.¹⁹⁾

Nicht-Deutsche Mehrheiten in Berlin

Bei der Altersgruppe der bis 40jährigen wird der Anteil der Ausländer die 50 Prozent Grenze erreichen und in Berlin bei den unter Zwanzigjährigen sogar mit 52 Prozent überschreiten,²⁰⁾ eine für die Integrationsfähigkeit der Städte und Ballungsräumen ganz erhebliche Belastung.

Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg: „Die bisherige Mehrheitsgesellschaft wandelt sich [in den Ballungsräumen] durch die Zuwanderungen und durch die Geburtenüberschüsse der Zugewanderten zu einer Multi-Minoritäten-Gesellschaft, wobei keine dieser Minderheiten, auch nicht die Deutschen im Sinne der bisher geltenden Staatsangehörigkeit, die absolute Mehrheit hat. Dadurch verliert auch der Begriff der Mehrheitsgesellschaft, in die sich die zugewanderte Bevölkerung integrieren soll, an konzeptioneller Aussagekraft, denn eine Mehrheitsgesellschaft die die absolute Mehrheit eingebüßt, erleidet auch Einbußen an ihrer Integrationsfähigkeit.“²¹⁾

Die Anteile der Ausländer verteilen sich nicht nur im Bundesgebiet sondern auch innerhalb der Städte sehr ungleichmäßig, wie sich am Beispiel Berlins zeigen lässt:

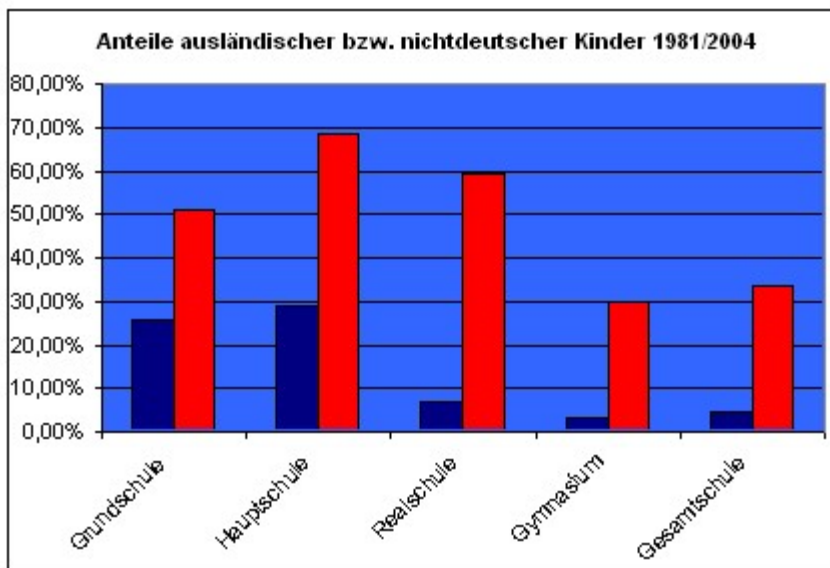


Quellen: Statistisches Landesamt Berlin, Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ausländerbeauftragter

Wie bei allen Strukturdaten (z.B. Bevölkerungsanteil, Anteil an Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern) ist auch in Berlin stets die hohe

Einbürgerungsquote zu berücksichtigen. Allein in den Jahren 1991 bis 2003 wurden rund 121.000 Menschen eingebürgert.²²⁾ Aufgrund dieser Einbürgerung sowie den Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt kann insbesondere in Kindergärten und Schulen eine sinnvolle Erfassung der Kinder nach dem Merkmal der Nationalität nicht mehr erfolgen. Man behilft sich zunehmend mit der Konstruktion eines „Migrationshintergrundes“ oder der „nicht-deutschen Herkunft“.²³⁾

Ein Vergleich der Anteile ausländischer bzw. nicht-deutscher Kinder in den Schulen des Berliner Bezirks Neukölln in den Jahren 1981 bis 2004 belegt das die Entwicklung keineswegs überraschend kam:



Quellen: Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ausländerbeauftragter; Antwort auf Kleine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus, Drs 15/12110

Welche Anstrengungen notwendig sind, um die sich abzeichnende „Dynamik der Desintegration“ und die Bildung von „Parallelgesellschaften“ aufzuhalten oder gar umzukehren, dürfte die Vorstellungskraft der meisten politisch Verantwortlichen übersteigen. Neben einer Konzentration der finanziellen Mittel auf die sozial schwachen und meist mehrheitlich von Zuwanderern bewohnten Stadtviertel muss es eine Trendwende von der Politik des Integrationsangebotes hin zur Integrationspflicht geben.

Nachzug von Ehefrauen die Schlüsselfrage

Tendenzen zur Abschottung, die teilweise auch durch eine Verweigerung der Integrationsbemühungen verursacht sind, müssen zukünftig sanktioniert werden. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einem sprach- und landeskundlichen Unterricht für die aus dem Ausland nachziehenden Ehefrauen und den Nachweis entsprechender Deutschkenntnisse keineswegs eine „Extremposition“,²⁴⁾ wie die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung es behauptet.

Der Nachzug von Ehefrauen aus der Türkei ist vielmehr eine Schlüsselfrage für die Integrationspolitik in Deutschland. Wenn hier mittelfristig auch nur Chancen bestehen sollen, die Dynamik der Desintegration zu durchbrechen, muss hier angesetzt werden.

Dies mit dem Hinweis auf den im Grundgesetz vorgesehenen Schutz von Ehe und Familie abzutun, wie es der Berliner Innensenator Körting kürzlich tat,²⁵⁾ zeigt nur die Hilflosigkeit und den mangelnden politischen Willen, die Verhältnisse tatsächlich zu wenden. Die Erschöpfung, die sich in weiten Teilen der politischen Parteien zu diesem Thema breit gemacht hat, wird bei solchen Äußerungen mit Händen greifbar. Der Weg zur Einsicht scheint deshalb noch weit

1[1] Vgl. Herwig Birg: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001, S. 51

1[2] Ebd., S. 73

1[3] Birg, Herwig: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Bielefeld 2001, S. 5

1[4] Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressestelle (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar, Wiesbaden 2003, www.destatis.de, S. 27

1[5] Vgl. ebd., S. 34

1[6] Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2003 vom 12. Mai 2003, S. 6

1[7] Birg: Die demographische Zeitenwende, S. 151 ff.

1[8] Vgl. Statistisches Bundesamt: Zahl der ausländischen Personen blieb 2003 fast unverändert. Pressemitteilung vom 19. April 2004

1[9] Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Repräsentativuntersuchung '72 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien- und Wohnverhältnisse, Nürnberg 1973, S. 18

1[10] Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Ergebnisse der Repräsentativ-Untersuchung vom Herbst 1968 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und ihre Familien- und Wohnverhältnisse, Nürnberg 1970, S. 58

1[11] So der Leiter der Deutschen Verbindungsstelle in der Türkei, Marquard, in: Magnet Bundesrepublik. Probleme der Ausländerbeschäftigung (= H. 42 der Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Bonn 1966, S. 62; hierzu auch: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Ausländische

Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung – Erfahrungsbericht 1972/73 -
. Nürnberg 1974, S. 48; S. 57 f.

1[12] Vgl. Weichert, Lothar: Zwischenbetriebliche Mobilität und
Beschäftigungschancen, in: in: Papalekas, Johannes Chr. (Hrsg.): Strukturfragen der
Ausländerbeschäftigung (= Bochumer Schriften zur Arbeitswissenschaft), Herford
1969, S. 70

1[13] Statistisches Bundesamt, zit. nach: Bericht der Beauftragten der
Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der
Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, Tab. 3, S. 577 f.

1[14] jeweils zum 31.12.; Quelle: Statistisches Bundesamt: Genesis-Tabelle:
Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Nationalität, Wiesbaden 2005

1[15] Vgl. Höhn, Charlotte; Mammey, Ulrich; Schwarz, Karl: Die demographische
Lage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für
Bevölkerungswissenschaft, Jg. 7, H. 2/1981, S. 148

1[16] Schwarz, Karl: Die Kinderzahl der Ausländer und ihre Bedeutung für die
Bevölkerungsentwicklung in den alten Bundesländern, in: Zeitschrift für
Bevölkerungswissenschaft, Jg. 21, H. 1/1996, S. 63

1[17] Vgl. Höhn/Mammey/Schwarz: Demographische Lage, S. 167

1[18] Vgl. ebd.

1[19] Schwarz: Kinderzahl der Ausländer, S. 63

1[20] Vgl. ebd., S. 61; Roloff, Juliane: Die ausländische und deutsche Bevölkerung –
ein bevölkerungsstatistischer Vergleich, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft,
Jg. 22, H. 1/1997, S. 83; Schwarz, Karl: Bericht 2000 über die demographische Lage
in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 26, H. 1/2001, S. 27
f.

1[21] Vgl. ebd., S. 65

1[22] Schwarz: Bericht 2000, S. 6 f.

1[23] Zur Problematik des Optionsmodells vgl. Luft, Stefan: Ausländerpolitik in
Deutschland. Mechanismen, Manipulation, Missbrauch, Gräfelfing 2003, S. 343 ff.

1[24] Bundesministerium des Innern: Modellrechnungen zur
Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050,
o.O. 2000, S. 23

1[25] Vgl. „Über die Hälfte der unter 5-jährigen Kinder ausländischer Eltern sind kraft
Gesetzes Deutsche“. Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Berlin Nr.
095/05 vom 20. Mai 2005

1[26] Münz, Rainer; Ulrich, Ralf: Das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Demographische Prognosen bis 2030 (= Demographie aktuell Nr. 12), Berlin 1997, S. 38 ff.

1[27] Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2003 vom 12. Mai 2003, S. 13

1[28] Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens. Bevölkerungsprognose 1999 bis 2015/2040, Düsseldorf 1999, S. 47 ff.

1[29] Vgl. Birg, Herwig: Demographisches Wissen und politische Verantwortung, Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert. In: Dorbitz/Otto: Demographie und Politik, Bonn 1999, S. 41

1[30] Birg, Herwig: in: Perspektiven der demographischen Entwicklung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik (Hrsg.): Prosperität in einer alternden Gesellschaft, Bad Homburg 2000, S. 72 ff.

1[31] Die Daten sind unter www.statistik-berlin.de abrufbar.

1[32] So die Definition der Berliner Polizei für das Kriterium „nichtdeutscher Herkunft“, in: Der Polizeipräsident in Berlin: Polizeiliche Kriminalstatistik 2004, Berlin 2005, S. 55

1[33] So die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung in ihrem Bericht zur Lage der Ausländer, Berlin/Bonn 2002, S. 34

1[34] Kelek, Necla: Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Innern des türkischen Lebens in Deutschland, Köln 2005, S. 229 ff.

1[35] Der Innensenator im Interview mit dem „Tagesspiegel“ vom 7. April 2005: „Sie tun ihren Kindern keinen Gefallen“. Körting über Zwangsehe und Familiennachzug